Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 162 (1996)

Heft: 4

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschland

Kampfpanzer Leopard 2-A5 an Panzertruppenschule ausgeliefert.

Am 30. November 1995 wurde der erste kampfwertgesteigerte Leopard 2-A5 an die Panzertruppenschule in Münster übergeben. Dies geschah in feierlicher Form durch den Kommandeur der Schule, Brigadegeneral Beltermann, der gleichzeitig General der Panzertruppe ist, vor Gästen aus Wirtschaft und Bundeswehr. Bis zum Ende 1995 wurden weitere 11 Kampfpanzer dieses Typs an die zentrale Ausbildungsstätte der Panzertruppe übergeben. Die Ausbildung am «Leo 2-A5» kann nunmehr beginnen, Ausbildungskonzept und Ausbildungssimulatoren wurden entsprechend angepasst.

Ursprünglich war die Konzipierung eines völlig neuen Kampfpanzers für die Zeit nach 2000 vorgesehen. Die schon eingeleitete Entwicklung wurde abgebrochen, erstens aus Kostengründen, zweitens aber auch, weil der Leopard 2 eine Kampfwertsteigerung zulässt, die den Einsatzerfordernissen nach dem Jahr 2000 noch voll entspricht. Bis Dezember 1998 ist die Kampfwertsteigerung von 225 Leopard 2-A5 geplant. Ein zweites Los von 125 Stück ist für einen späteren noch nicht genau festgelegten Zeitraum in Aussicht genommen. Die Gesamtkosten sollen 363 Mio. DM betragen. An der Kampfwertsteigerung wurden auch von Anfang an die Nutzerstaaten Niederlande und Schweiz beteiligt.

Die Gründe für die Weiterentwicklung waren zu erwartende Defizite im Schutzbereich aufgrund absehbarer neuer Munitionsentwicklungen. Im weiteren eine Reduktion der klassischen Schwachstellen gegen ballistischen Beschuss wie Waffenblenden, Optiken und Luken und die Verbesserung der Führbarkeit von Panzerverbänden bei Nacht durch funk- und kartengestützte Informationsdarstellung usw. Insgesamt wurde der «Leopard 2» auf folgenden Positionen verbessert: Periskop mit TIM (integriertes, unabhängiges Wärmebildgerät mit Bilddarstellung auf Monitor), elektrische Waffennachführung, Schutz und Turmfolgemassnahmen, Verbesserung des Splitterschutzes im Inneren durch «Spall-Liner», Nabendeckel, Videoumschaltung, Indexposition, Laser-Erstecho, elektronische Abfeuerung, Kampfvisier 1000, Fahrer-Schiebeluke, Navigationsanlage und Fahrerrückfahrhilfe.

Hiermit verfügt das Heer auch bis ins nächste Jahrtausend über ein Waffensystem, das allen Anforderungen an Beweglichkeit, Feuerkraft, Führbarkeit als Einzelsystem und im Verband sowie Schutz gewachsen sein wird. Tp.

Kampfwertgesteigerter Kampfpanzer Leopard 2-A5.

«Kommando Spezialkräfte» der Bundeswehr

Für den 1. Januar 1996 hat der Bundesminister der Verteidigung die Aufstellung eines neuen Spezialverbandes für den Einsatz in Notsituationen als «Kommando Spezialkräfte» befohlen. Hierdurch wird die Bundeswehr über Kräfte verfügen, mit denen sie in der Lage sein wird, insbesondere bei Krisenreaktionseinsätzen in unmittelbare Not geratene Soldaten, Gruppen, Züge oder Kompanien, die sich durch eigene Kraft nicht mehr aus der Situation befreien können, zu Hilfe zu eilen und zu retten. Über solche Kräfte verfügen verbündete Streitkräfte, vor allem die US-amerikanischen Streitkräfte schon seit langem. Letztere sind befähigt, zu Wasser, sogar in der Tiefe des Meeres, in der Luft bis zum Weltraum und auf dem Land weltweit eingesetzt zu werden. Zuletzt ist beispielsweise die Befreiung eines amerikanischen Piloten aus Bosnien gelungen. Ein Szenarium wäre beispielsweise die Rettung einer Transall-Besatzung, die auf bosnisch-serbischem Gebiet notlanden musste. Die Soldaten des Spezialkommandos müssten bei Nacht in der Nähe des Unfallortes abspringen und die Bewacher überwältigen, um die befreiten Soldaten mittels Hubschrauber in Sicherheit zu bringen. Im April wird der Verband, der etwa 1000 Soldaten umfassen soll, bei der Luftlandebrigade 25 in Calw zusammengestellt. Zu seinem Auftrag gehören Bergung von abgeschossenen Piloten, Befreiung deutscher Geiseln im Ausland, Zerstörung gegnerischer Kommunikationszentren oder Lahmlegen von gegnerischen Befehlsständen im Hinterland. Unterstützt wird das Kommando im Bedarfsfall von Kampfschwimmern, die in Eckernförde stationiert sind. Der Leiter der Ausbildung betonte, dass «Rambo»-Typen in seinem Verbande keine Chance hätten. Die Soldaten müssten Einzelkämpfer sein, natürlich Fallschirmspringer, überdurchschnittlich intelligent und in ausgezeichneter körperlicher Verfassung. Gerade die Tugend der Besonnenheit und Bedachtsamkeit sei neben Entschlusskraft unabdingbare Voraussetzung für solche schwierigen Einsätze. Zur Standardausrüstung gehören Splitterschutzwesten und Nachtsichtgeräte. Die Soldaten waren am Entwurf von besonderen Ausrüstungsgegenständen beteiligt. Vorher hat sich die Bundeswehr Anregungen bei den «Spezial Forces» der USA und den britischen «Special Air Services» geholt.

Die deutsche Bundeswehr verfügt seit 1. Januar 1996 über einen Spezialverband für Sondereinsätze.

Deutsche und polnische Panzereinheiten üben gemeinsam

Im Rahmen der «Partnerschaft für den Frieden» üben seit einiger Zeit NATO-Verbände oder -Einheiten gemeinsam mit solchen aus ehemaligen WAPA-Staaten. Das ist inzwischen fast Routine geworden. Vor allem in Grenznähe, zum Beispiel an der Grenze zwischen Deutschland und Polen, entstanden Patenschaftsverhältnisse zwischen vergleichbaren deutschen und polnischen Verbänden. Mitte Dezember übten auf dem polnischen Truppenübungsplatz bei Sagan eine Kompanie der 15. Panzergrenadierdivision aus Doberlug-Kirchhain mit einer Panzerkompanie der 11. polnischen Panzerkavalleriedivision. Die deutschen Verbände brachten Kampfpanzer «Leopard 1-A5», die Polen T-72 zum Einsatz. Bei der Trefferaufnahme stellte sich heraus, dass die Trefferausbeute der polnischen Kompanie höher lag. Hier machte sich der Unterschied zwischen Auftragstaktik und Befehlstaktik, die auf alte russische Tradition zurückgeht, bemerkbar. Während den Deutschen nach Auftragserteilung die Ausführung weitgehend frei überlassen blieb, hat-

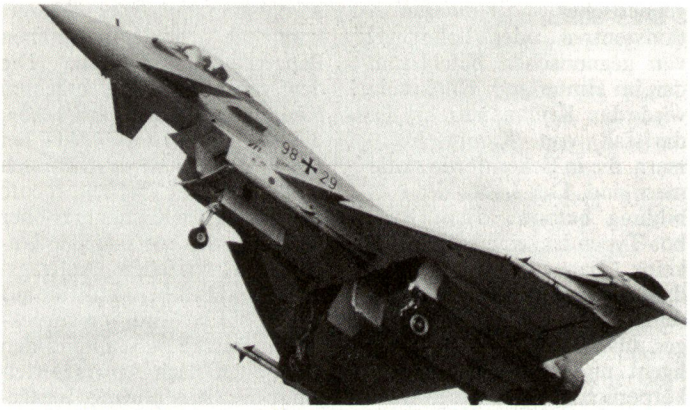
ten die Polen auf Karten im einzelnen eingezeichnete vorgeschriebene Aufgaben exakt zu erfüllen. Die deutschen Streitkräfte halten von alters her das Führen nach Aufträgen für realitätsbezogener. Ziel solcher Unternehmungen ist es auch, die Führungs- und Einsatzgrundsätze und -verfahren anzugleichen, um in Zukunft einmal gemeinsam in einem Verband eingesetzt werden zu können. Hierfür gilt es, die Kompatibilität mit NATO-Strukturen und taktische sowie waffentechnische Interoperabilität zu erreichen. Die Bevölkerung auf der polnischen Seite hat sich inzwischen an die zeitweilige Anwesenheit der Soldaten und deutschen Militärgeräte gewöhnt. Das Interesse der polnischen Medien ist besonders gross. Tp.

Diskussion um Allgemeine Wehrpflicht

Durch mehrere Ereignisse ist die Diskussion über die Sinnhaftigkeit der Allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland neu entfacht worden. Anlass hierzu waren die hohe Zahl der Kriegsdienstverweigerer von mehr als 160 000 Mann im Jahr 1995, die praktische Aufgabe der Durchführung der Allgemeinen Wehrpflicht im Nachbarstaat Niederlande bei Fortbestehen der gesetzlichen Grundlage, um sie im Bedarfsfall noch zur Verfügung zu haben, und die Ankündigung des Präsidenten der Republik Frankreich, Chirac, bei der Umstrukturierung der Streitkräfte im Hinblick auf die veränderte Sicherheitslage und den Wandel der Streitkräfteaufgaben auf die Wehrpflicht zu verzichten. Das deutsche Verteidigungsministerium stellte fest, die Auffüllung der Streitkräfte mit Wehrpflichtigen sei auch jetzt noch gesichert. Inzwischen beginnen auch Unions-Bundestagsabgeordnete über die Sinnhaftigkeit der Allgemeinen Wehrpflicht öffentlich nachzudenken. So äusserte der CSU-Abgeordnete Zierer in einer Erklärung, die Wehrpflicht sei ein «Auslaufmodell». Sein Kollege von der CSU, Schmidt, nannte die Äusserung «misslich», räumte aber ein, dass die Bundesregierung sich gezwungen fühlen könnte, zwischen der Abschaffung der Wehrpflicht und einer Änderung des bisher praktizierten Anerkennungsverfahrens, die praktisch einer freien Wahl zwischen Absolvierung der Wehrpflicht und Ersatzdienst gleichkommt, zu entscheiden. Es bestünde allerdings die Hoffnung, dass ein erfolgreicher Einsatz deutscher Verbände in Bosnien-Herzegowina einen Motivationsschub für die Ableistung der Wehrpflicht bringen könnte. Der Bundeskanzler tritt vehement für die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht ein. Sie sei das Komplement der Demokratie in der Wahrung der äusseren Sicherheit, eine Kernaufgabe des gesamten Volkes. Dieser könne am besten durch die Wehrpflicht aller Männer entsprochen werden.

40 zusätzliche deutsche Eurofighter sollen auch als Bomber dienen

Im Januar hat Verteidigungsminister Rühe dem Verteidigungsausschuss mitgeteilt, die Zahl der von der Bundeswehr zu beschaffenden Eurofighter 2000 von 40 auf 180 zu erhöhen. Dadurch soll der deutsche Anteil bei der Gesamtbeschaffung bei 30% belassen werden, weil hierdurch der Verlust der «Systemführerschaft für die deutsche Firma DASA vermieden werden kann. Rühe hat hiermit die ursprünglich geplante Kürzung von 200–250 Stück auf 140 korrigiert. Die endgültige Entscheidung über die Beschaffung wird durch den Verteidigungsausschuss für Juli bis Herbst dieses Jahres erwartet. Bisher konnte die Industrie noch keinen endgültigen Systempreis vorlegen, weil dies erst nach Vorliegen der Gesamtstückzahl möglich ist. Bonn und London sind sich über den Produktionsanteil einig, für Deutschland 30%, für Grossbritannien 38%, etwa 21% für Italien und 13% für Spanien. Rühe hat darüber hinaus erklärt, die zusätzlichen 40 Jagdflugzeuge sollten auch als Jagdbomber zur Bekämpfung von Bodenzielen eingesetzt werden können. Hierfür gebe es taktische Forderungen der Luftwaffe sowie industriepolitische Erwägungen. Der SPD-Abgeordnete und frühere Luftwaffengeneral Opel warf Rühe vor, es gehe bei der Aufstockung um das Bestreben, den deutschen Anteil nicht unter 30% sinken zu lassen. Die Zustimmung der SPD-Fraktion zur Beschaffung sei an drei Bedingungen geknüpft: Vorlage eines Luftverteidigungskonzeptes, nochmalige Untersuchung anderer Flugzeugtypen auf Eignung und Vorlage eines Gesamtkonzeptes, das auch die Bewaffnung des Flugzeuges umfasse. Tp



An der Beschaffung von 180 Jägern 2000 soll festgehalten werden.

Österreich

Diskussion um die Wehrpflicht

Ausgelöst durch einen Gastkommentar des österreichischen Innenministers Einem in einem Wochenmagazin stand in der ersten Februarwoche wieder einmal die allgemeine Wehrpflicht im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Bereits in der Vorwoche hatte eine Fehlmeldung des österreichischen Rundfunks, wonach im Zuge der Regierungsverhandlungen beschlossen worden wäre, im Bereich des Wehrbudgets 4 Milliarden Schilling einzusparen (das entspräche rund 20 Prozent des Verteidigungshaushaltes), für heftige Reaktionen gesorgt.

Ausgehend von der Annahme, dass es für Österreich nach dem Zerfall des Warschauer Pakts weitgehend kein militärisches Bedrohungsbild mehr gäbe, stellte Einem die Sinnhaftigkeit eines Bundesheeres in der derzeitigen Form in Frage. Als Alternative zur allgemeinen Wehrpflicht und zum Bundesheer schlug der Innenminister eine «Sicherheitspolizei mit etwas schwererem Gerät» vor. Die Polizisten sollten – gleichsam nebenberuflich – Österreichs Grenzen im Konfliktfall schützen. Militärische Kräfte für internationale Friedensmissionen sollten sich aus gut ausgebildeten Freiwilligen zusammensetzen. Somit bliebe also die Frage nach der Notwendigkeit der allgemeinen Wehrpflicht unbeantwortet.

Dem widersprach Verteidigungsminister Fasslabend in einer heftigen Reaktion und wies Einems Aussagen, die offenbar die Landesverteidigung als solche in Frage stellen sollten, zurück. Angesichts der Unsicherheiten der Übergangszeit in den osteuropäischen Staaten sei ein Abgehen von der eigenen Landesverteidigung undenkbar.

Der Abgeordnete zum Nationalrat und frühere Aussenminister Mock präzisierte diese Argumente. Österreich liege auch geografisch in einer Zone, die unmittelbar an die postkommunistischen Staaten des Donauraumes und Osteuropas angrenze. In diesen Ländern, die durch viele Jahre hindurch der kommunistischen Zwangsherrschaft unterworfen waren, habe mit deren Zerfall eine breite Bewegung für die Reform zur Herstellung einer parlamentarischen Demokratie und einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft eingesetzt. Dies sei eine Zeit des Überganges, der Unruhe und der Instabilität. Dabei sei der mörderische Krieg, der zuerst gegen Slowenien, später Kroatien und anschliessend Bosnien-Herzegowina Platz gegriffen hätte, eine weitere Warnung vor Illusionen, dass es keine äusseren Gefahren gäbe. Das Wiedererwachen eines aggressiven Nationalismus nicht nur in diesen Teilen Europas sei eine weitere Gefahr. Aus all diesen Gründen stellen auch heute eine glaubwürdige Landesverteidigung und eine aktionsfähige Exekutive ein vorrangiges Anliegen für die verantwortliche nationale Politik dar.

Etliche wehrpolitisch tätige Verbände, an deren Spitze die österreichische Offiziersgesellschaft, forderten den Rücktritt des Innenministers. Die Realisierung seiner Vorschläge wür-

den die Sicherheit der Republik Österreich und die der österreichischen Bevölkerung massiv gefährden. Es sei unverantwortlich, aufgrund einer kurzfristigen oberflächlichen Beurteilung der derzeitigen politischen Situation das Bundesheer abschaffen zu wollen. Abgesehen von dem Verlust der Handlungsfähigkeit in Krisensituationen entstünde ein höchst gefährliches Sicherheitsvakuum in einem der geopolitisch bedeutsamsten Räume Europas. (RZE)

Österreichische Beteiligung an IFOR

Grundlage für die Entscheidung der österreichischen Bundesregierung, der Einladung der NATO an alle der «Partnerschaft für den Frieden (PfP)» angehörigen Staaten zu folgen und sich an IFOR zu beteiligen, war vor allem der Wunsch, einen Beitrag zum Aufbau eines dauerhaften Friedens in der geografisch nahen Region Bosnien-Herzegowina zu leisten. Den Gesetzen entsprechend wurde beschlossen, eine verstärkte Transporteinheit, ein Stabselement sowie ein Pionierkontingent mit Schneeräumkapazität – vor allem zur Errichtung der notwendigen Infrastruktur – für ein Jahr zu entsenden (AUSLOG/IFOR). Allerdings unterstellte man das österreichische Kontingent nicht direkt dem Kommando der NATO, vielmehr wurde eine vertragliche Konstruktion gefunden, in der die österreichischen Kräfte mit dem mit der militärischen Führung von IFOR betrauten NATO-Oberbefehlshaber für Europa (SACEUR) auf Zusammenarbeit zugewiesen sind. Dem österreichischen Kontingent unmittelbar vorgesetzt in das Kommando des durch Belgien geführten Transportbataillons, an dem sich auch Teile aus Luxemburg und Griechenland beteiligen. Innerhalb des Kommandos sind auch Österreicher tätig, das österreichische Kontingent wird unter Berücksichtigung der Weisungen des österreichischen Kontingentskommandanten eingesetzt.

AUSLOG/IFOR wird im Rahmen der sogenannten «Corps Transport Group» des «Allied Rapid Reaction Corps (ARRC)» Versorgungstransporte aller Art und Transporte von Gütern im Rahmen der humanitären Hilfe aus dem Stationierungsraum Visoko, etwa 30 km nordwestlich von Sarajewo, durchführen. Neben den allgemeinen Transportaufgaben sind insbesondere der Abtransport von überzähligem UNPROFOR-Gerät, Transportunterstützung für Pioniere und humanitäre Hilfstransporte vorgesehen. Die Betrauung der Österreicher mit diesem Aufgabengebiet wurde vor allem mit der grossen Erfahrung Österreichs mit Transporten auf schwierigen Strassen und unter winterlichen Verhältnissen, der Geländegängigkeit österreichischer Lastkraftwagen und dem Mangel an zentraler Transportkapazität für die ARRC sowie dem dringenden Bedarf an Schneeräumfahrzeugen begründet. Österreich hatte im Zuge seiner Zusage für die Teilnahme darauf hingewiesen, dass die entsendete Einheit an Zwangsmassnahmen der Mission nicht teilnehmen würde. Dementsprechend ist ein allfälliger Waffengebrauch nur zu Selbstverteidigungszwecken vorgesehen. Trotzdem wurde für die Angehörigen des österreichischen Kontingents spezielle Schutzausrüstung in Form moderner Splitterschutzwesten und Helme beschafft, die Fahrzeuge wurden durch umfangreiche technische Massnahmen für diesen Einsatz verstärkt mit der Absicht, den Besatzungen den bestmöglichen Schutz gegen Beschuss, Sprengstoff und Wurfgegenstände zu bieten.

Von den rund 2100 Interessenten wurden etwa 350 entsprechend qualifizierte Freiwillige einberufen und gezielt für den Einsatz ausgebildet. Am 1. Februar verlegte ein Vorkommando, welches vor allem aus dem Pionierzug bestand, in den Einsatzraum, das Hauptkontingent in der Stärke von 261 Mann folgte am 14. Februar nach.

Die Gesamtstärke der Entsendung beträgt 293 Mann sowie eine Transportkapazität von rund 500 Tonnen. Somit addieren sich Personalkosten in der Höhe von etwa 130 Millionen Schilling, Betriebskosten (80 Millionen) und Wertminderung des eingesetzten Geräts (50 Millionen) zu Gesamtkosten von rund 260 Millionen Schilling. Österreich hat für diese Kosten selbst aufzukommen, eine Refundierung – wie sonst bei UNO-Missionen gehandhabt – ist nicht vorgesehen. Die Bezahlung der österreichischen Kontingentsangehörigen erfolgt nach den für Auslandeinsätze gültigen Bestimmungen. Darüber hinaus wurden Ablebensversicherungen mit einer Auszahlungssumme von 1 Million Schilling abgeschlossen, der Rücktransport von Verletzten mittels Flugambulanz ist vorgesehen. Die medizinische Versorgung vor Ort wird durch zwei Ärzte wahrgenommen, bei schwerwiegenden Erkrankungen erfolgt die Betreuung in einem modern ausgestatteten, deutschen Feldspital. Die Unterbringung des Kontingents erfolgt in beheizbaren Grosszelten, die Küche der Österreicher wird gemeinsam mit dem belgischen Kontingent betrieben. (RZE)

Europa

Kompromisse beim Vollzug des Vertrages über konventionelle Streitkräfte

Der 1990 unterzeichnete Vertrag über den Abbau der konventionellen Streitkräfte in Europa (CFE = Conventional Forces in Europe) hätte gemäss Fahrplan bis zum 16. November 1995 umgesetzt sein sollen. Allerdings zeichneten sich gegen Ende der Vertragsimplementierung in Osteuropa gewisse Probleme ab, die unterdessen im wesentlichen durch eingegangene Kompromisse überbrückt werden konnten. Bei Ablauf des Implementierungszeitpunktes ergaben sich im wesentlichen noch folgende Abweichungen:

– Die Höchstgrenzen an Waffensystemen in den russischen Flankenzonen. Infolge der politischen und militärischen Konflikte in der Kaukasus-Region beanspruchte Russland eine erhöhte Gesamtzahl an vertragsrelevanten Waffensystemen in dieser Flankenzone Süd.

– Die Reduzierungsverpflichtungen einiger Oststaaten (Armenien, Aserbaidschan, Weissrussland) konnten aus angeblich wirtschaftlichen Gründen nicht vollumfänglich eingehalten werden.

– Die vertragskonforme Beseitigung landgestützter Waffen bei der ukrainischen Schwarzmeerflotte war noch nicht abgeschlossen.

– Die überdimensionierte Konzentration russischer militärischer Mittel in Kaliningrad widerspricht im Prinzip weiterhin dem «Geist» des Vertrages.

Der CFE-Vertrag, der im Jahre 1990 von 30 Staaten in Ost- und Westeuropa unterzeichnet wurde, umfasst im wesentlichen drei Bereiche:

– Die Reduktion der Höchstbestände bei den fünf Hauptwaffenbereichen (Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artilleriewaffen, Kampfflugzeuge und Kampfhelikopter).

– Geographische Beschränkungen bei der Dislozierung von Hauptwaffensystemen und

– Schaffung von Vertrauen und Transparenz durch Verifikation.

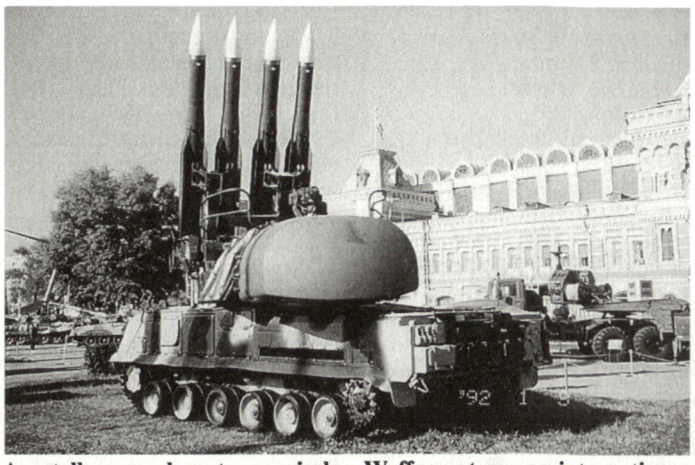
Das CFE-Abkommen hatte die Verschrottung von insgesamt zirka 50 000 Hauptwaffensystemen vorgesehen, die nun bis zum 16. November zum grössten Teil auch beseitigt worden sind. Alleine die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes hatten bis zu diesem Zeitpunkt rund 17 000 vertragsrelevante Waffen meist durch Zerstörung abgebaut.

Trotzdem wurde von den Vertragsstaaten bis zuletzt nach einer möglichst vertragskonformen Kompromisslösung gesucht, die insbesondere den Anliegen Russlands entgegenkommen und auch die wirtschaftlichen Probleme in Osteuropa mitberücksichtigen sollte. Das

Kampfpanzer T-54/T-55 der ehemaligen NVA, die unterdessen alle zerstört worden sind.

Gros der westlichen Staaten konnte sich schliesslich mit dem russischen Argument abfinden, dass sich die Voraussetzungen, unter denen der Vertrag Ende 1990 abgeschlossen worden war, nach dem Zerfall des WAPA grundlegend geändert hätten. Die russischen Sicherheitsinteressen würden also mindestens eine zeitlich befristete Änderung der Flankenregelung erfordern. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere auch auf die langfristige Gefahr des islamischen Fundamentalismus an der russischen Südgrenze hingewiesen. Der schärfste Widerstand wurde bis zuletzt von seiten der Türkei geleistet. Nachdem Russland kurz vor der Konferenz der gemeinsamen Beratergruppe der OSZE Mitte November 1995 in Wien einen Kompromissvorschlag unterbreitete, ist man darauf eingegangen. Russland hatte dadurch das Zugeständnis einer Fristverlängerung und zudem auch eine Neuregelung der geographischen Begrenzungen (Bestände in der Flankenregion Kaukasus) erwirkt. Andererseits wurden aber von den übrigen Vertragsstaaten zusätzliche Inspektionskontrollen verlangt.

Auch die Nichteinhaltung bei den Bestandesreduktionen hatte keine Konsequenzen. Die betroffenen Staaten (siehe oben) hätten bis zum 16. November 1995 die Reduktionen beim vertragsrelevanten Gerät trotz den aufgetretenen technischen oder wirtschaftlichen Problemen zu jeweils 90 bis 95 Prozent vorgenommen. Es wurde deshalb diesen Ländern stillschweigend eine verlängerte Frist zugestanden. Anlässlich der nächsten Überprüfungskonferenz der OSZE im Mai 1996 dürften diese Fragen erneut aufgeworfen werden. hg



Ausstellung modernster russischer Waffensysteme an internationalen Rüstungsausstellungen (Bild: Flab-/Flugkörper-Abwehrsystem BUK-M1 [SA-11]).

Russland

Sorgen mit Entsorgung

Als Treibstoff für die meisten russischen ballistischen Raketen wird Heptyl verwendet. Seine chemische Bezeichnung ist: Dimethylhydrazin. Heute wird dieser Treibstoff in Russland nicht mehr hergestellt, es wurden aber grosse Vorräte angelegt. Spezialisten sprechen von 30 000 Tonnen. Ein Teil davon befindet sich in den Treibstofftanks der im Dienst stehenden Raketen oder in Raketen in den Waffenlagern. Gemäss SALT-1- und SALT-2-Verträgen müssen diese Raketen demontiert werden, wobei die Entsorgung des hochgiftigen Heptyls ein Problem darstellt. Die einfachste Methode wäre die Verbrennung des Treibstoffs, aber dabei würden wertvolle chemische Verbindungen vernichtet.

Aus dem Heptyl können über 70 wertvolle Substanzen gewonnen werden: Ein Industriebetrieb in Krasnojarsk ist bereit, daraus die Härter für Epoxydharze herzustellen, ein Forschungsinstitut hat die Technologie für die Herstellung von Korrosionshemmstoffen aus Heptyl entwickelt, das Institut für organische Chemie in Irkutsk könnte die toxischen Komponenten des Raketentreibstoffs zu kardiologischen Medikamenten verarbeiten usw.

Russland kann heute solche Verwertungsmethoden nicht finanzieren. Unter dem Patronat des russischen Staatskomitees für die Rüstungsindustrie und der Verwaltung für Atomsicherheit des amerikanischen Verteidigungsministeriums übernimmt die amerikanische Korporation «Ajocall» die Kosten (zirka 30 Millionen US-Dollar) der Heptyl-Verwertung. Aus den USA werden drei Fabriken nach Russland geliefert. Eine Fabrik kommt nach Sergejew Posad in der Nähe von Moskau, die anderen werden in Krasnojarsk und Slatoust gebaut.

Das ganze Projekt wird als «Unentgeltliche technologische Unterstützung» bezeichnet, weil der ganze Gewinn aus der Verwertung von Heptyl in Russland bleibt und für andere Programme der Abrüstung und Waffenkonversion verwendet wird. Die Organisation und Vertretung vor Ort besorgt die russische Aktiengesellschaft «Askond».

GB

Demonopolisierung der Waffenexporte

Unter dem Eindruck der Erfolge russischer Waffensysteme an internationalen Ausstellungen und der Zunahme des Exportvolumens beschloss die Regierung, die Waffenexporte zu demonopolisieren und einer Reihe von Rüstungsbetrieben Konzessionen für selbständige, direkte Vertragsabschlüsse mit ausländischen Kunden zu erteilen. Bisher mussten alle Waffenexporte über die staatliche russische Exportagentur «Rosvooroushenie» abgewickelt werden.

Bis jetzt sind sieben solche Rüstungsbetriebe bekannt geworden:

«Rostvertol» AG – Helikopter Mi-17, Mi-24, Mi-26, Mi-28)

«Hydromasch» Betrieb in Nischnij Nowgorod – (hydraulische Systeme für Flugzeuge)

«Metrowagonmasch» in Mitischtschi – (Fahrwerke für Flabsysteme)

«Ischmasch» in Ischewsk – (Infanteriewaffen)

«Antej» Konzern – (Fliegerabwehrsysteme)

«Ufa Maschinenbauvereinigung» – (Triebwerke für Kampfflugzeuge Su und MiG)

«Konstruktionsbüro für Gerätebau» in Tula – (Artillerie- und Flabsysteme).

Die Exporteure dürfen in Zukunft nicht nur Waffen verkaufen, sondern können auch Waffen in ausländischem Auftrag entwickeln. Der Präsident des Staatskomitee für Rüstungsbetriebe «Rosskomoboronprom» Viktor Gluchich ist der Meinung, dass man auf dem Weltwaffenmarkt nur mit gut ausgearbeiteten Serviceleistungen Fuss fassen kann. Beispielhaft ist in dieser Beziehung die Flugzeugfabrik «Sokol» in Nischnij Nowgorod. Der Betrieb hat mit dem indischen Verteidigungsministerium einen Vertrag unterzeichnet über die Modernisierung von 125 MiG-21 der indischen Luftwaffe.

Bei den russischen Waffenexporten stellt man einen radikalen Wandel in der Exportstrategie fest. Während die frühere Sowjetunion Flugzeuge und Panzer meist aus rein politischen Interessen exportierte, denkt heute Russland in erster Linie an eine langfristige Zusammenarbeit, verbunden mit einem finanziellen Gewinn. Es gibt neu entwickelte und bereits erprobte russische Waffensysteme, die nur dann in Serienproduktion gehen, wenn auch ausländische Abnehmer gefunden werden. Dies betrifft z.B. die Kampfhubschrauber Ka-50 und Ka-52 von der AG «Progress» in Arsenjewsk. Der Generaldirektor der Firma «Jurij Bodnja» hofft, die für eine Serienproduktion benötigten 38 Mia Rubel über Geschäfte mit südostasiatischen Staaten beschaffen zu können. GB

Zunahme bei den Waffenexporten

Russland hat im letzten Jahr seine Waffenexporte im Vergleich zu 1994 nahezu verdoppelt. Die Exporte für Waffen und militärische Ausrüstung sollen gemäss eigenen russischen Angaben 2,7 Mia. US$ erreicht haben. Das sind rund 14 Prozent des offiziellen Weltmarktes. Gegenwärtig grösster Waffenexporteur sind die USA mit rund 14 Mia. US$. Wichtigste Kunden russischer Waffen waren:

– China und Indien mit rund 60 Prozent Anteil,
– neue Kunden wie Malaysia, Südkorea und Kuwait sowie
– einige Staaten in Osteuropa.

Die Staatsexportfirma Rosvooruschenije hofft in diesem Jahr die Exporte auf gegen 4 Mia. US$ erhöhen zu können.

hg ■